

Lehrlingszentren — Berichte aus der Praxis

Stichworte zur Entwicklung und Wertung des Hamburger Jour fix der Gewerkschaftsjugend

„Hier, wo der Arbeiter von Kindesbeinen an bürokratisch gemaßregelt und an die Autorität, an die vorgesetzte Behörde glaubt, gilt es vor allem, ihn selbständig gehen zu lehren.“

(Karl Marx, 1868 in der Debatte um das Organisationsstatut des ersten zentralen Gewerkschaftsverbandes in Deutschland.)

Der Hamburger Jour fix als erstes gewerkschaftliches Lehrlingszentrum der BRD verdient es, in Stichworten in seinen wichtigsten Phasen als exemplarisches Beispiel vorgestellt zu werden, da er aufgrund seines „Alters“ fast alles inzwischen „vorgemacht“ hat, was der Selbstorganisation der Lehrlinge in gewerkschaftlichen Lehrlingszentren an Erfolgen, Gefahren und Fehlern unterlaufen kann¹⁾.

1. Phase, Vorspiel, Sofortprogramm, Gründung: September 1968 — Lehrlinge stören die Freisprechungsfeier der Handelskammer, der Startschuß für die „Lehrlingsbewegung“ in Hamburg ist gefallen. Ehedem resignierende junge Gewerkschaftskollegen tauchen wieder auf, ein offener Arbeitskreis organisiert die erste Lehrlingsdemonstration der BRD mit über 1000 Lehrlingen. Die Feier zum 1. Mai 1969 wird von 3000 Schülern, Jungarbeitern und Lehrlingen gestört, die Klassenkampf statt Wahlkampf fordern. Der erste massenhafte Lehrlingsprotest richtet sich gegen die Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsverwaltung reagiert mit Abwehr, die gewerkschaftlich organisierten Lehrlinge und Studenten kontern mit einem Programm, das in ersten aktiven Jugendversammlungen im Gewerkschaftshaus erarbeitet wird und das der DGB-Kreisvorstand als „Jugendpoli-

1) Eine genaue Verlaufsschilderung und theoretische Einordnung in: Crusius/Soehl/Wilke: Praxis und Theorie gewerkschaftlicher Lehrlingspolitik. Verlag 2000, Offenbach, und LZ — Lehrlingszeitung, Hamburg. Sonderdruck 1 der LZ.

tisches Sofortprogramm" annimmt. Der Jour fix, Kernstück des Programms, wird im September 1969 gegründet und hat bald Zulauf von 40 bis 80 Teilnehmern pro Abend, vor allem auch infolge eines starken Echos in der „bürgerlichen Öffentlichkeit“.

2. *Phase*, erste Aktivitäten und Konflikte: In Selbstorganisation nehmen die Jour-fix-Kollegen ihre Dinge in die Hand: Die Weltfirma *Rheinstahl* wird mit einer Betriebsdemonstration wegen schlechter Ausbildung angegriffen; das erste Lehrlingshappening ist ein „Feg-in“ auf der Mönckebergstraße; gegen die Berufsschulkatastrophe wird ein Notopfer in der Stadt gesammelt; gewerkschaftsintern mobilisiert und delegiert der Jour fix viele Arbeiten in Zusammenhang mit dem gerade verabschiedeten Berufsbildungsgesetz. Die organisatorischen Initiativen der SDAJ-Kollegen sind in dieser Phase unersetzlich. Höhepunkt ist die zentrale DGB-Jugendveranstaltung am 30. 4. 70 im Audimax der Universität vor 3000 Jugendlichen, die der Jour fix in allen Punkten voll trägt und bei der er mit einer selbstgefertigten und vorgetragenen Text-Montage gleichfalls neue Formen der Agitation „entdeckt“.

Es folgen erste Konflikte mit der Gewerkschaftsverwaltung, die nach verdecktem Kleinkrieg bei der Berufsschulaktion schließlich mit Verboten operiert, da Wahlkampfchancen der SPD in Hamburg beeinträchtigt würden. Erste Polarisierungen gegenüber der SDAJ, die, vor allem in Zusammenhang mit dem 30. 4., als sie im Verein mit anderen linken Wahrheitshändlern die Diskussion kaputtmacht, Angst vor der massenhaften Selbstorganisation bekommt und durch Disziplin und Zentralisation die Aktionen „in den (ihren) Griff kriegen“ will. Die Gewerkschaftsverwaltung zeigt ihr altes Gesicht: Wortradikalismus, aber kleinbürgerliche bürokratische Praxis, ja, Angst vor jeder Praxis — doch diesmal ohne Erfolg; die selbstbewußte Basis dreht das Verhältnis um, der Jour fix negiert das Verbot, begreift persönliche Querelen endlich als grundsätzlichen gewerkschaftsinternen Konflikt, stellt umgekehrt nun an die Verwaltung Forderungen. Die politische Strategie zentriert sich praktisch um die Parole: Gegen den Kapitalismus, für Gewerkschaftsdemokratie!

3. *Phase*, Theoriebedürfnis und Organisationsdebatte: Nach den positiven und negativen Erfahrungen (die Rheinstahl-Sache schloß z. B. durch ein paar Konzessionen der Geschäftsleitung wieder ein, weil keine Basis vor der Aktion unter den Rheinstahl-Lehrlingen vorhanden war) folgt eine Periode der Befriedigung des Theoriebedürfnisses in Seminaren, Arbeitskreisen und in den allgemeinen Diskussionen im Jour fix (Theorie als Element und als Funktion der Praxis!), mit der Wirkung, kapitalistische „Mentalitätsschulung“ durch Eigenaktivität und Selbstverwirklichung im solidarischen Verbund aufzubrechen. Der Jour fix versteht sich zunehmend als Neuansatz gewerkschaftlicher Politik aus der immer stärker erkannten Sackgasse bisheriger Gewerkschaftspolitik. Zur Theoriediskussion kommt die Organisationsdiskussion, da nach dem 30. 4. Organisierung der Erfahrungen von Klassengesellschaft und Organisierung des zielgerichteten Klassenkampfes selber miteinander verkoppelt werden mußte. In beiden Punkten ergibt sich ein weiteres Auseinanderfraktionieren mit der SDAJ, die erstmals offen bekennt, daß der Jour fix für sie nur Übergangslösung ist, daß sie ihn als Auslöser für bürokratische Verwaltungsaktivitäten in den durch die Jour-fix-Aktivitäten wiedererstandenen Satzungs-gremien der Gewerkschaftsjugend ansieht. Das zerstörerische Taktieren und die dogmatische Haarspalterei dieser Genossen verhindern zum Gutteil die Integration der nach dem 30. 4. hinzukommenden Lehrlinge. Als schließlich auch die anfangs massenhaft rekrutierten Junggenossen durch diese Taktik ihrer „Führer“ verunsichert werden, und ihre Eigenerfahrung im Jour fix ein Unruhefaktor innerhalb der bürokratisch disziplinierten SDAJ wird, zieht man sich aus dem Jour fix zurück.

4. *Phase*, Tarifkampf der IG Metall 70 und „Jour-fix-Putsch“: Der Jour fix schaltet sich aktiv und wirksam in den IGM-Tarifkampf ein, da erstmals auch Tarif

für Lehrlinge (Solidarität aller für alle als Jour-fix-Prinzip) ansteht. Die Gewerkschaftsverwaltung taktiert hinter dem Rücken der Lehrlinge, der Jour fix deckt das auf, mobilisiert Widerstand dagegen, die SDAJ personifiziert und beschwichtigt. Da diese Taktik an den Erfahrungen der jungen Kollegen vorbeilügt, spitzt sich der Fraktionskampf zu. Da die Aktivität des Jour fix und einzelner Jour-fixler erstmals auch dazu führt, daß Vertrauensleutegremien und Tarifkommissionen sich hinter die Forderungen der Lehrlinge stellen und die SDAJ auch mehrere Niederlagen einstecken muß in Jugendversammlungen, führt sie zusammen mit dem maoistischen SALZ den „Jour-fix-Putsch“ durch: Bei dem Versuch des Jour fix, nach dem Tarifikampf endlich die diskutierte Organisationsreform in die Tat umzusetzen, überrumpelt man ihn mit herbeigeschlepptem Stimmvieh, um ein rigides und für jeden Ansatz von Selbstorganisation tödliches Schulungs- und Disziplinierungsmodell durchzudrücken. Die Jour-fix-Lehrlinge verlassen den Saal und machen nebenan den Jour fix — ihren Jour fix! — weiter.

5. *Phase*, Stagnation, Theoriediskussion und Notprogramme: Nach dem gescheiterten Putsch völliger Rückzug der SDAJ aus dem Jour fix (bis heute!), aber zusammen mit SALZ wütende öffentliche Attacken und Flüsterparolen. Es entsteht der Eindruck, auch der Jour fix sei nun Schauplatz linker Glaubenskriege. Folge: es kommen kaum noch Lehrlinge. Kurzfristige Aktualisierungsversuche mißlingen, da die Aktionen zu kurz greifen, der von anderen verspielte Vertrauenskredit ist nur ganz mühsam wieder aufzubauen. Deshalb erfolgt eine Wendung des Jour fix nach innen: langfristige Perspektive, Differenzierung der Arbeit, Verbreiterung in den Einzelgewerkschaften, vor allem Betriebsgruppenarbeit wird konzeptionell aufgearbeitet (immer bessere Erfahrungen mit der Durag-Betriebsgruppe²⁾); es folgen Erarbeitung eines Tarifkonzeptes für Lehrlinge, Experimente mit Schulabgängerberatung und -seminaren, Anlegen eines umfangreichen Archivs, Initiierung, konzeptionelle Vorarbeit und aktive Teilnahme an der ersten Bundeskonferenz der Lehrlingszentren im Februar dieses Jahres in Frankfurt (unter Mitarbeit des DGB) (damit bewußtes Verlassen der „regionalen Borniertheit“), weiterer Ausbau der Lehrlingszeitung (LZ) zur Bundeslehrlingszeitung (u. a. durch Jour-fix-Kollegen).

6. *Phase*, Kampf um Selbstbehauptung und Neukonzeption: Immer stärkere Auseinandersetzung mit SDAJ, nun nicht mehr im Jour fix, sondern mit den SDAJlern in den Satzungs-gremien. Diese Arbeit hat der Jour fix — leider — vernachlässigt, da zu lange Vertrauen auf solidarische Zusammenarbeit mit Kollegen, die schließlich ein bestimmtes Parteiinteresse über das Interesse der Kollegen stellten (genauso wie die von ihnen kritisierten „rechten Sozialdemokraten“ in den Gewerkschaftsverwaltungen). Die SDAJ will Basisarbeit auf die Akklamation von ihnen vorgelegter Resolutionen beschränken, ihre praktische Politik richtet sich im Grunde nur auf den Austausch der Verwalter. Jour-fix-Arbeit bedeutet aber im Prinzip anderes und mehr! Damit ist der Jour fix Konkurrenz zum Alleinvertretungsanspruch der SDAJ und DKP in Sachen Sozialismus und konsequenter Vertretung der Interessen der Lohnabhängigen geworden.

Der Jour fix diskutiert seit dem letzten Sommer nun die Neukonzipierung der gesamten Jugendarbeit im DGB-Bereich Hamburg, da Probleme bei Einzelgruppen allein nicht mehr lösbar sind, vor allem nicht die Spannungen zwischen den Satzungs-gremien und verschiedenen Basisgruppen (deren Folge Stagnation der Arbeit ist, wenn man sich nicht mit der Resolutionsmaschinerie über diese Stagnation hinweglügt, wie es teilweise geschieht). Die Zwischenergebnisse der Jour-fix-Diskussion gehen an alle Jugendorgane, zumeist sind es Papiere zur Betriebsarbeit und zur Jour-fix-Arbeit in den Einzelgewerkschaften. Perspektive ist vor allem: den Kampf der Lehrlinge praktisch und nicht proklamatorisch mit dem der Gesamtklasse zu verbinden. Da mit dieser konsequenten Vor-

2) Dazu: Lehrlingskampf in den Betrieben. Betriebsfibel der Durag-Lehrlings-Betriebsgruppe der IG Metall im Jour fix. Sonderdruck 3 der LZ. Verlag 2000, Offenbach, Spartakus und LZ, Hamburg.

arbeit die Gremien ständig zur Tat aufgerufen sind statt zur Resolutioniererei, gelingt es der SDAJ, die Stimmung gegen den unbequemen Jour fix auch über ihre Reihen hinaus auszudehnen, wobei keine Verleumdung billig genug ist. Das alles geschieht, obwohl der KJA gleichzeitig immer mehr unter den Druck des Kreisvorstandes gerät, etwa in der Rot-Punkt-Aktion. Statt jetzt die Basis zu stärken, verkündet der KJA, er könne alles alleine machen — was er im übrigen Tag für Tag widerlegt.

Der in die Klemme geratene Alleinvertretungsanspruch siegt auch in dieser Phase über das Gebot solidarischer Vernunft: Obwohl die SDAJ auf der letzten Kreisjugendkonferenz in der Sache einige Niederlagen hinnehmen muß (etwa bei ihrer widersinnigen Forderung nach dem Prozenttarif für Lehrlinge gegen die Jour-fix-Forderung nach einem gleichen Ausbildungshonorar), gelingt es ihr, einen Beschluß zur inhaltlichen Umfunktionierung des Jour fix durchzusetzen. Alle 14 Tage sollen im Jour fix nun Filme laufen oder Vorträge gehalten werden. Angesichts der inzwischen erreichten Qualität der Praxis gewerkschaftlicher Arbeit und angesichts der Erfahrungen mit diesen Dingen in der alten Gewerkschaftsjugendarbeit, ist das ein völlig unverständlicher Beschluß. Er wird verständlich, wenn die mögliche Konsequenz (Einschlafen des Jour fix) als strategisches Ziel jener Gruppe erkannt wird! Der Beifall ließ nicht lange auf sich warten: Gleich nahm der DGB-Kreisvorstand den Liquidierungsbeschluß schon für die Beerdigung und verkündete zudem, damit sei auch das Sofortprogramm erledigt, obwohl noch nicht 10 vH davon realisiert waren — dafür hatte sich die Kreisjugendkonferenz aber auf Betreiben der SDAJ ausgiebig mit dem Moskauer Vertrag beschäftigt und ähnlichen Dingen, die so gut klingen; vor allem, wenn sie im Papierkorb der Adressaten rascheln. Der Jour fix ist damit aber nicht tot — noch immer kann sich eine selbsttätige und qualifizierte Basis gegen verordnete Rezepte durchsetzen, das um so leichter, als besagter Beschluß auch unter taktischen Gesichtspunkten die Dummheit der Initiatoren offenbart.

7. *Schlußfolgerungen*: Die Schilderung selbst hat begründet, warum der Auseinandersetzung mit bestimmten Vorstellungen von sozialistischer oder bürokratischer Praxis in der Jour-fix-Arbeit soviel Aufwand gegolten hat. Dabei war der größte Fehler: Der Jour fix begriff sich durchaus nicht als Spielwiese, sondern zunehmend als möglicher Neuanfang gewerkschaftlicher Politik und Organisation, trennte aber in der Praxis immer noch zwischen gewerkschaftlichem und politischem Kampf (eine Trennung, die angesichts des sich organisierenden Kapitalismus politisch immer riskanter wird). Der Jour fix überließ es außenstehenden Gruppen, dieses Feld zu besetzen, statt diese Kollegen in die *praktische* Organisation *politischer Gewerkschaftsarbeit* hineinzuzwingen durch die harte, offene Diskussion der Motive, um dann dort, wo die Solidarität mit den Kollegen anderen Solidaritäten untergeordnet werden sollte, die Alternative aufzustellen: Afcarbeit oder keine! Die parteipolitische Gängelung der Gewerkschaften gilt es zu zerschlagen, nicht auszutauschen gegen andere Formen der Gängelung; nur so ist die Basis für eine antikapitalistische Gewerkschaftspolitik zu legen, vor allem im Jugendbereich ³⁾).

Die Lösung dieses Problems scheint nach den Jour-fix-Erfahrungen und den Erfahrungen vieler anderer oft auch inzwischen toter Lehrlingszentren *die* Selbsterhaltungsfrage offener gewerkschaftlicher Lehrlingsarbeit zu sein. Erst ihre permanente Lösung schafft die Basis für kontinuierliche und koordinierte Arbeit der Lehrlingszentren als Teil der Gewerkschaftsjugend. Diese Arbeit muß natürlich auch inhaltlich weitergehen, vor allem in der Gewerkschafts- und Berufsausbildungsdebatte, im Sinne eines stärkeren Begreifens der Tatsache, daß die Lösung dieser Probleme nur in einem antikapitalistischen Kampf erreicht werden kann ⁴⁾.

3) Dazu: Der Marsch ins Getto — Thesen zur DKP und zur Linkssektiererei in der Bundesrepublik. Sonderdruck 2 der LZ, Verlag LZ und Spartakus, Hamburg.

4) Dazu: Crusius/Wilke: Gewerkschaftliche Selbstorganisation und emanzipatorische Berufsausbildung, deutsche Jugend, Heft 9 und 10/71, München.

Die Jour-fix-Kollegen arbeiten jetzt auf zwei Gleisen an dieser Aufgabe: Praktisch wird Betriebsgruppenarbeit vorangetrieben und eine gewerkschaftspolitische Lehrlingsfibel erarbeitet, die auch für Schulabgänger geeignet sein soll, um besser und schneller Breitenarbeit organisieren zu können. Verbunden ist das mit Arbeitskreisen über politische Ökonomie und Berufsausbildung unter politökonomischen und gewerkschaftspolitischen Gesichtspunkten. Das Ganze beruht auf einem Erkennen der Langfristigkeit der Aufgabe. Der „alte“ Jour fix hat durch seine Arbeit die Kader hervorgebracht, die diesem Ziel Erfolgsaussichten verschaffen. Das Ziel ist darin begründet, die eingangs zitierte Aufforderung von Karl Marx endlich in der praktischen, solidarischen Gewerkschaftsarbeit zu realisieren, gegen alle bürokratischen Beschwichtigungen und importierten Rezepte.

Reinhard Crusius, Manfred Wilke

Die gewerkschaftlichen Lehrlingszentren

Seit Sommer 1969 sind Lehrlingszentren des DGB („Jour fix“, „Aktionskreis Lehrlinge“, „Lehrlings- und Jungarbeiterzentren“ o.a.) sichtbares Ergebnis einer Neuorientierung gewerkschaftlicher Jugendarbeit nach den Springener Sparbeschlüssen von 1967.

Die innerorganisatorische Resonanz ist jedoch keineswegs durch vorbehaltloses Wohlwollen gekennzeichnet: Der Landesbezirk Nordmark schloß 1971 einige seiner Lehrlingszentren aus der Unterstützung durch den DGB aus, im Bundesjugendausschuß plädierten die Vertreter der IG Chemie für betriebliche Jugendarbeit und die niedersächsischen Teamer in der Jugendbildungsarbeit des DGB formulierten ihre Skepsis auf einer Arbeitstagung im Sommer 1971 folgendermaßen: „... kann es nicht das Ziel sein, Lehrlingszentren in der Form des Hamburger „Jour fix“ aufzubauen. Die Praxis solcher Lehrlingszentren enthält notwendigerweise eine antigewerkschaftliche Komponente, weil ihre Arbeit außerhalb der Gewerkschaften stattfindet...“¹⁾ Diese Kritik findet sich auch in sozialistischen Jugendorganisationen wie „Spartacus“ (Trotzkisten, die sich nicht zur IV. Internationalen zählen). Auf dem Lehrlingskongreß der Jungsozialisten in Düsseldorf wurde der Verfasser von Vertretern dieser Gruppe als Spalter der Arbeiterbewegung beschimpft. Nicht DGB-Lehrlingszentren, sondern Betriebsgewerkschaftsgruppen wären die dringliche Aufgabe für die Jugendarbeit in der Arbeiterbewegung.

Ausgangspunkt für die Arbeit der Lehrlingszentren im Verantwortungsbereich des DGB Rheinland-Pfalz bilden zwei Grundsätze:

1. Die Betriebe sind der ureigenste und entscheidende Aktionsbereich der Gewerkschaften. Aus vielen Gründen ist das Hineinwirken der Gewerkschaften in die Betriebe in der konkreten gesellschaftlichen Situation der Bundesrepublik heute unbefriedigend. Daher muß angestrebt werden eine Verbesserung des Kontaktes zwischen den Lohnabhängigen in den Betrieben und ihren Gewerkschaften. Für die Gewerkschaftsjugend sind dabei alle jungen Arbeitnehmer bis zu 25 Jahren die Adressaten.

2. Für die Gewerkschaften verstärkt sich die Aufgabe, „mehr noch als bisher als Zusammenschluß der Arbeitnehmerschaft politische Ziele zu entwickeln und zu verfolgen“.²⁾ „Wir müssen ... aus uns selbst heraus politische Konzeptionen zur Befreiung und Gleichberechtigung der Arbeitnehmerschaft, politische Modelle für die Gesellschaft von morgen entwerfen.“³⁾

Diese beiden Grundsätze stehen nicht additiv nebeneinander, sondern in einem dialektischen Verhältnis zueinander. Wenn man die Lohnabhängigen von heute teilhaben läßt am Kampf um ihre ökonomischen Interessen, wird zwangsläufig aus der ökonomischen

1) Ergebnis einer Teamer-Tagung in Rieseberg zur Frage der Neuorientierung gewerkschaftlicher Jugendbildungsarbeit. Herausgeber: DGB-Landesbezirk Niedersachsen, Abt. Jugend.

2) Heinz Oskar Vetter auf dem außerordentlichen Bundeskongreß des DGB am 14./15. Mai 1971 in Düsseldorf.

3) ebenda.

mischen Bewegung eine politische Bewegung hervorwachsen. Die Reaktion von Unternehmern, ihren Organisationen, der Staatsgewalt, Parteien und der Massenmedien auf kollektive Kämpfe der Lohnabhängigen machen den Beteiligten unversehens deutlich, wie sehr die Durchsetzung ökonomischer Interessen abhängt von den gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen und daß es eines umfassenden politischen Kampfes bedarf, wenn sich ihre Lage grundsätzlich verändern soll. Die Gewerkschaften müssen in diesem Bewußtwerdungsprozeß Artikulations- und Interpretationshilfen geben. Die Gewerkschaftsjugend versucht mit Lehrlingszentren ein Modell zu schaffen, in dem sich die Dialektik zwischen ökonomischen und politischen Interessen von Auszubildenden und jungen Lohnabhängigen entwickeln kann. Die Kritiker führen die folgenden *Argumente gegen die Lehrlingszentren* an:

1. Es sei falsch, daß sich Lehrlings- und Jungarbeiterzentren im Organisationsbereich des DGB ansiedeln, da dadurch die Verbindung zu den Einzelgewerkschaften und der betriebliche Bezug erschwert werde.
2. Eine Koordinierungs- und Initiativfunktion für gewerkschaftliche Betriebs- und Branchengruppen könnten sie nicht übernehmen.
3. Durch die informelle Offenheit der Zentren könnten politische Gruppierungen tonangebend werden, die in Konkurrenz zueinander Mitglieder für ihre Organisationen rekrutieren wollen. Das führe zu Kontroversen, die weit über die Köpfe der Lehrlinge gingen.
4. Politische Gruppen trügen antigewerkschaftliche Tendenzen an die Lehrlinge und Jungarbeiter heran.
5. Eine Zusammenarbeit mit älteren Kollegen sei so nicht möglich.

Sie empfehlen dagegen auf der Ebene der Einzelgewerkschaften Betriebs- und Branchengruppen (für mehrere Kleinbetriebe) zu bilden, die über die satzungsgemäßen Organe der Jugend (Ortsjugendausschüsse und Kreisjugendausschüsse) koordiniert werden können. Ein Lehrlingszentrum beim DGB wird nur so lange als sinnvoll erachtet, als am Ort noch keine satzungsgemäßen Jugendorgane bestehen. Es wird als Hilfsmittel akzeptiert, um möglichst schnell zur Gründung solcher Organe zu kommen, danach sei es aufzulösen.

Am Beispiel Rheinland-Pfalz -wird deutlich, wie illusionär das Bild der Kritiker ist. Der DGB hat in Rheinland-Pfalz 19 Kreisverwaltungen. Die IG Metall und die Gewerkschaft Bau, Steine, Erden haben schon nur noch 12 Ortsverwaltungen, es folgt die ÖTV mit 11 und die GdED mit 8. Alle anderen Gewerkschaften haben weniger als ein Drittel der Verwaltungsstellen des DGB (z.B. IG Chemie: 6). Am Beispiel von IG Metall, ÖTV und IG Chemie wird deutlich, wie gering man eine Unterstützung der Jugendlichen durch ihre Organisationen veranschlagen muß. Die drei genannten Gewerkschaften sind noch relativ gut dran. Alle drei haben je einen Bezirksjugendsekretär. Dabei ist der Kollege der IG Metall noch außerdem für Hessen und das Saarland zuständig, der Kollege der ÖTV muß neben Jugendarbeit auch die Belange der Bediensteten der Landesbehörden vertreten, und der Chemie-Kollege muß sich ebenfalls noch um die Jugendlichen im Saarland kümmern. Ergebnis: Von 12 verwaltungsstellen der IGM haben fünf einen aktiven OJA, von elf Verwaltungsstellen der ÖTV zwei, von sechs Verwaltungsstellen der IG Chemie zwei. Der DGB beschäftigt einen Landesjugendsekretär. Nur zwei Kreise machen gar keine Jugendarbeit, in 14 Kreisen arbeiten Kreisjugendausschüsse, davon in sechs auch Lehrlingszentren, drei Kreise haben nur Lehrlingszentren. Dort wird jedoch auf Grund der Arbeit der Lehrlingszentren demnächst die Bildung eines Kreisjugendausschusses möglich werden. Angesichts dieser Situation zu empfehlen, Jugendarbeit bei den Einzelgewerkschaften anzusiedeln, läßt den Verdacht aufkommen, es solle gerade die Harmlosigkeit und Ineffizienz der Gewerkschaftsjugend bezweckt werden.

Daß die rheinland-pfälzischen Lehrlingszentren nicht isoliert arbeiten wollen, geht aus dem Protokoll der im Mai 1971 durchgeführten Koordinationstagung hervor:

„Notwendigkeit ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften (Lehrlingszentren können nicht isoliert die Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse verändern).“

„Hineinwirken auf die Betriebe von Seiten der Lehrlingskreise über die Vertrauenskörper.“

„Zur Herstellung besserer Beziehungen mit den Einzelgewerkschaften und zum DGB sollte in größeren Kreisen die Koordination über den KJA organisiert werden. Im übrigen sind Vorhaben der Lehrlingsgruppen durch Beschlüsse im KJA abzusichern.“⁴⁾

Die Lehrlingszentren, die in ihrer unbürokratischen Offenheit gerade Jugendliche anlocken, die zu satzungsgemäß vorgegebenen Organisationsstrukturen noch keine Beziehung haben können, bieten die Chance, für die Organe des DGB und der Einzelgewerkschaften aktive Kollegen zu gewinnen. Bei denjenigen Zentren, die schon einen gewissen Weg in ihrer Arbeit zurückgelegt haben, zeigt sich deutlich der Gewinn für die Gewerkschaften. Aus dem DGB-Lehrlingszentrum Westerwald hat sich eine Betriebsgruppe eines großen Chemiewerkes und eine Branchengruppe des Einzelhandels gebildet. Die Gewerkschaft Bau, Steine, Erden hat durch die Arbeit unserer Lehrlingsgruppe in Kirchberg die Chance erhalten, einen Betriebsrat und eine Jugendvertretung in einem großen Bauunternehmen zu installieren. Das Lehrlingszentrum in Kaiserslautern hat im Sommer 1971 1500 Fragebogen, die an den vier Berufsschulen des Kreisgebietes ausgefüllt worden sind, nach Gewerkschaftsbereichen ausgewertet. Das Zentrum will mit den Gewerkschaften zusammen die notwendigen Konsequenzen aus den alarmierenden Ergebnissen ziehen. Dadurch erhalten alle Gewerkschaften auch die Chance, Jugendliche in Betriebs- oder Branchengruppen an der Lösung der aufgezeigten Mißstände zu beteiligen.

In den vorliegenden Ergebnissen der Aktivitäten unserer Lehrlingszentren dokumentiert sich eindrucksvoll die Initiativfunktion der Gruppen. Aber auch die Koordinierungsfunktion ist vorhanden. Betriebs- und Branchengruppen diskutieren ihre Pläne und die Ergebnisse ihrer Aktivität mit den Kollegen aus anderen Wirtschaftszweigen. Ihre Arbeit befruchtet die anderen, deren Kritik fördert sie. Es gibt Aktionen (z. B. Flugblattverteilung vor dem Werkstor), bei denen die Solidarität der nicht im Betrieb beschäftigten Kollegen aus dem Lehrlingszentrum nötig ist, um die Mitglieder der Betriebsgruppe vor Repressalien im Betrieb zu schützen. Auf solche überbetriebliche und übergewerkschaftliche Solidarität legen wir großen Wert.

Die Gefahr, durch politische Gruppierungen in abstrakte Strategiediskussionen verwickelt zu werden, ist in Rheinland-Pfalz eigentlich nur in den Großstädten Mainz, Ludwigshafen und Koblenz vorhanden. Tatsächlich hat das bisher dort auch die Gründung von Lehrlingszentren behindert. Dennoch ist es keineswegs so, daß Mitglieder dogmatischer politischer Gruppierungen nur über Lehrlingszentren auf die Gewerkschaftsarbeit Einfluß nehmen können. Auch Betriebsjugendgruppen rekrutieren sich aus Mitgliedern solcher Organisationen. Im übrigen wäre es falsch, die verschiedenen sozialistischen Jugendorganisationen pauschal mit „antigewerkschaftlich“ abzuqualifizieren. Die meisten von ihnen zeichnen sich eher durch „progewerkschaftliche Ungeduld“ aus. Sie sehen eine breite Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Verwirklichung gewerkschaftlicher Zielsetzungen. Interessenkollisionen der Gewerkschaftskollegen als Mandatsträger in verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen und das Bemühen des Kapitals, die Gewerkschaftsbewegung „partnerschaftlich“ zu erdrücken, lassen sie zu Recht befürchten, daß ökonomischer und politischer Kampf um die Aufhebung der Abhängigkeit und Unterprivilegierung der Arbeitnehmer jemals erfolgreich sein könnten. Woran man sie hindern muß, ist, verengte dogmatische Formeln über bewußtseinslose Lehrlinge und Jungarbeiter zu stützen; sie aus der gewerkschaftlichen Mitarbeit zu verbannen, hätte zur Folge, junge Menschen mit gesellschaftlicher und politischer Sensibilität in Radikalität und Aggressivität zu treiben und uns jenes Potentials zu berauben, daß uns zu einer dringend notwendigen permanenten Reflektion über den Stellen-

4) Protokoll der 1. Koordinationstagung der Lehrlingszentren und DGB-Jugendgruppen Rheinland-Pfalz vom 22J23. 5. 71.

wert unserer gewerkschaftspolitischen Arbeit veranlassen könnte. Wenn die ökonomischen Kämpfe immer auch eine politische Qualität erreichen, braucht man den Dialog mit Leuten, die einen politischen Standort haben, nicht zu scheuen. Nur sollte er nicht in den Lehrlingszentren Bewußtwerdungsprozesse bei jungen Kollegen aus den Betrieben verhindern.

Daß die rheinland-pfälzischen Lehrlingszentren auch die notwendige Zusammenarbeit mit den älteren Kollegen in ihrem Programm haben, geht wiederum aus dem erwähnten Protokoll der Koordinationstagung hervor: „Es gilt, den Kampf der Lehrlinge und Jungarbeiter so zu organisieren, daß sich alle Kollegen solidarisieren können; denn die Gegner sind nicht Ausbilder, Meister, Gesellen, Berufsschullehrer oder Eltern, sondern die Unternehmer. Diese Strategie wird sich jedoch nicht immer in ‚Harmonie‘ mit den Verbündeten durchsetzen lassen. Es kann durchaus auch zeitweilig zu notwendigen Konfliktsituationen kommen.“⁵⁾

Abschließend eine thesenartige Zusammenstellung der *Argumente, die für Lehrlingszentren auf der DGB-Ebene sprechen.*

1. Der DGB hat in einem Flächenstaat gegenüber den Gewerkschaften die weitaus größte Repräsentanz. Schon aus verkehrstechnischen Gründen muß es den Gewerkschaften versagt bleiben, intensive örtliche Betriebs- oder Branchengruppenjugendarbeit zu betreiben. Außerdem fehlen den Gewerkschaften Jugendsekretäre; von ehrenamtlichen Kollegen kann man nicht das zeitliche Engagement und das pädagogische Verständnis für die Belange der Jugend erwarten. Der DGB bietet die relativ günstigsten Voraussetzungen für eine aktive Jugendarbeit.

2. Zwischen DGB und Einzelgewerkschaften besteht eine Aufgabenteilung. Die Gewerkschaften vertreten die betrieblichen Interessen der Lohnabhängigen (ökonomischer Aspekt), der DGB vertritt die gesellschaftlichen (politischer Aspekt). Durch das Delegationsprinzip können nur sehr wenige Kollegen aus den Gewerkschaften Einfluß auf die Arbeit des DGB nehmen. Dadurch ist die Dialektik zwischen ökonomischen und politischen Kämpfen für die meisten Kollegen nicht mitvollziehbar. Ihre politischen Forderungen müssen die in gewerkschaftlichen Kämpfen mobilisierten Kollegen treuhänderisch an den DGB abtreten. Der DGB ist keine Mitgliederorganisation und erfährt die Ansprüche der Basis nur mehrfach gebrochen. Das hat eine politische Schwächung der Arbeiterbewegung zur Folge. In den Lehrlingszentren des DGB ist die verhängnisvolle organisatorische Trennung in ökonomische und politische Ebene aufgehoben.

3. Der DGB bekennt sich zur Autonomie der Einzelgewerkschaften. So gibt es finanzkräftige und mitgliederstarke Gewerkschaften, die zudem noch auf eine gut erfaßbare Wirtschaftsstruktur stoßen. Auf der anderen Seite stehen finanz- und mitglieder-schwache Gewerkschaften in schlecht strukturierten oder aussterbenden Wirtschaftszweigen. Das führt zu erheblichem Leistungsgefälle und unterschiedlichem Selbstbewußtsein. Auch ein Solidaritätsfond kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die argwöhnisch bewahrte Autonomie entsolidarisierend wirkt und eine breite kollektive Bewußtseinsbildung behindert. (Ergebnis: z. B. halbherziges Auftreten des DGB gegen das geplante Betriebsverfassungsgesetz). Die Gewerkschaftsjugend hat diese Auswirkungen in ihren Lehrlingszentren ausgeschaltet.

4. Jugendarbeit, die ausschließlich einzelgewerkschaftlich verankert ist, setzt den Jugendlichen den unterschiedlichen Interessen der jeweiligen hauptamtlichen Funktionäre aus. Betriebsräte, deren Bewußtsein bedingt durch die partnerschaftlichen Gebote des Betriebsverfassungsgesetzes oft nicht klassenbestimmt ist, haben manchmal einen so starken Einfluß auf die Verwaltungsstellen der Gewerkschaften, daß die Jugendlichen in Auseinandersetzungen unterliegen. Jugendarbeit auf Betriebs- oder Gewerkschaftsebene ist leichter disziplinierbar als beim DGB. Disziplinierungsversuchen setzen die

5) ebenda.

Lehrlingszentren die Solidarität aller aktiven Jugendlichen der im Kreis vertretenen Gewerkschaften entgegen.

5. Eine ausschließlich betriebsbezogene Jugendarbeit unterliegt der Gefahr der Isolierung und Verengung der zugrunde liegenden Konflikte. Was eigentlich System- und gesellschaftsbedingtes Übel ist, wird als betriebliches und daher zufälliges angesehen. Wenn Erfahrungen der Kollegen aus vielen Wirtschaftszweigen letztendlich gleich sind und im Lehrlingszentrum ausgetauscht werden, wird das Einzelschicksal unversehens zum Klassenschicksal.

6. Die Funktion der Betriebsstruktur liegt neben einer profitablen Produktion von Gütern und Dienstleistungen auch in einer reibungslosen Anpassung des einzelnen als Produktionsfaktor. Eine nur betrieblich orientierte Jugendarbeit ist den integrativen Auswirkungen der Betriebsorganisation stärker ausgesetzt, als wenn sie zusätzlich im Lehrlings- und Jungarbeiterzentrum verankert wäre.

7. Die dogmatische Verengung vieler junger Kollegen kann nicht durch ihre Entfernung aus der Jugendarbeit ihre gewerkschaftliche Auswirkung verlieren. Auch bei ihnen wird sich erweisen, daß die Praxis der große Lehrmeister für die richtige Form des gewerkschaftlichen Kampfes ist. Dogmen gründen auf Lebensfremdheit. Wenn wir den Mut haben, solchen Jugendlichen gewerkschaftliche Praxis zu erschließen, können wir wertvolle Mitarbeiter gewinnen.

Der DGB hat seinen letzten außerordentlichen Bundeskongreß als Einleitung seiner permanenten Reform angesehen. Es würde sich lohnen, zu analysieren, welche Möglichkeiten einer zukünftigen Gewerkschaftsorganisation ansatzweise in den Lehrlingszentren des Jahres 1971 antizipiert sind.

*Dieter Gree'se, DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz,
Abteilung Jugend*

Zielvorstellung, Methoden und praktische Erfahrungen in Lehrlingszentren

Organisationsformen besitzen grundsätzlich instrumentalen Charakter. Sie dienen nicht als Selbstzweck, sondern ergeben sich aus einer konkreten politökonomischen Situation und der daraus resultierenden politischen Zielvorstellung. Eine kritische Betrachtung der Lehrlingszentren muß also von der politökonomischen Situation der Lohnabhängigen, hier insbesondere der arbeitenden Jugend, und den sich daraus ergebenden politischen Zielvorstellungen ausgehen. Nur von diesem Ausgangspunkt kann die Praxis der Lehrlingszentren überprüft und auf ihre organisatorische Funktionsfähigkeit in bezug auf eine konkrete politische Zielvorstellung hin kontrolliert werden.

Politökonomische Bestimmung zur Lage der arbeitenden Jugend im Kapitalismus¹⁾

Die Situation der arbeitenden Jugend ist gegenüber der allgemeinen politökonomischen Bestimmung aller Lohnabhängigen im Kapitalismus durch spezifische Merkmale gekennzeichnet, die ihre besondere Situation als jugendliche Lohnabhängige ausmachen und die vor allem auf die Ausbildung der Arbeitskraft unter kapitalistischen Bedingungen zurückzuführen sind. Der Jugendliche, der als Ersatz der ausgelaugten Arbeitskraft dient, muß zu diesem Zweck ausgebildet werden. Die Kosten für die Bildung und Erziehung der Jugendlichen müssen aber von den Lohnabhängigen selbst aufgebracht werden, d. h. sie sind im Lohn der Eltern enthalten. Von hier auch leitet sich die sogenannte Ausbildungsbeihilfe ab, die der Lehrling anstelle eines Lohnes erhält.

¹⁾ Vgl. Ch. Hübner, M. Liebel, M. Reichelt, Politökonomische Bestimmung zur Lage der Arbeiterjugend im Kapitalismus und deren Bedeutung für die Entwicklung von Klassenbewußtsein, in: Erziehung und Klassenkampf .Nr. 1/1971.

Demnach sind Ausbildungskosten für das Kapital unproduktive Kosten, die es sich sparen würde, wenn es sich keine Vorteile davon verspräche, d. h. eine Erhöhung des Wertes der (qualifizierten) Arbeitskraft, die letztlich die Profitrate erhöht. Trotzdem sollen die Ausbildungskosten, da sie die kurzfristigen Profiterwartungen des Kapitals beinträchtigen, möglichst gering gehalten werden und darüber hinaus noch unmittelbar einen Mehrwert erbringen.

Dies gelingt dem Kapital auf zweierlei Weise; Einmal werden Lehrlinge noch während ihrer Ausbildungszeit in der Produktion eingesetzt, was bedeutet, daß ihre Arbeitskraft weit unter ihrem Wert verkauft wird. Als billigste Arbeitskräfte im Betrieb sind sie für das Kapital ein Mittel, zusätzlichen Profit zu erzielen (hohe Ausbeutungsrate).

Zum anderen tragen die vielfältigen ausbildungsfremden Tätigkeiten, wie Fegen, Aufräumen, Dienstleistungen (Autowaschen, Bierholen) ebenfalls sämtlich zur Erhöhung der Profitrate bei, denn einerseits werden dem Kapital direkte Arbeitskräfte erspart (Reinigungs- und Dienstpersonal), zum anderen verlängert der Lehrling, wenn er für andere Arbeiter Handlangerdienste verrichtet oder für sie Bier holt, deren Arbeitszeit, in der sie Mehrwert schaffen.

Hier schließt sich die Frage an, welche ökonomische Funktion der Jugendliche für die erwachsenen Lohnabhängigen hat. Diese Funktion ist mehrschichtig: Er erhöht durch , Handlangerdienste der im Akkord arbeitenden Gesellen deren Lohn, weshalb der Geselle ein Interesse daran hat, die tatsächlich für die Ausbildung des Lehrlings zu verwendende Zeit möglichst gering zu halten. Das Interesse des Lehrlings ist ein genau entgegengesetztes und richtet sich damit direkt gegen die Lohninteressen des Gesellen. Dies fördert Entsolidarisierungs- und Spaltungstendenzen bei den Arbeitern.

Andererseits kann der Lehrling als frei verfügbare Arbeitskraft den Lohn des erwachsenen Arbeiters senken, indem er als Bestandteil der „industriellen Reservearmee“ wie andere Teile der Lohnabhängigen (Frauen, ausländische Arbeiter) massiv auf den Lohn des Erwachsenen drückt, weil der Bestand einer industriellen Reservearmee zu den günstigsten Bedingungen des Kapitals bei Lohnkämpfen gehört. Darüber hinaus kann der Lehrling, der nach „herrschendem Recht“ dem Streikverbot unterliegt, bei Arbeitskämpfen direkt in die Rolle des Streikbrechers geraten, indem er gezwungen wird, die Arbeitsplätze der streikenden Kollegen einzunehmen.

Insgesamt steht der jugendliche Lohnabhängige in Konkurrenz zum Erwachsenen, was mit der Entwicklung der Produktivkräfte und dem zunehmenden Verschleiß der Arbeitskraft zusammenhängt. Über diese spezifische Bestimmung jugendlicher Arbeitskraft im Kapitalismus hinaus, sollen noch zusätzliche Formen der Abhängigkeit, denen Arbeiterjugendliche als Jugendliche, d. h. als Mitglied der Gesellschaft in einem bestimmten Alter ausgesetzt sind, genannt werden.

Diese zusätzliche Belastung besteht einmal in ihrer doppelten Abhängigkeit: Erstens in der Familie, auf die sie mindestens für die Zeit der „Ausbildung“ ökonomisch angewiesen bleiben. Zweitens in der betrieblichen und Ausbildungssituation.

Die von dem Jugendlichen erfahrene Unterdrückung im Betrieb kann er nicht zu Hause ablagern, sondern ist im Gegenteil den Aggressionen des Vaters ausgesetzt, der seinerseits die erfahrene Unterdrückung im Betrieb an die Schwächeren, weil ökonomisch abhängigen Familienmitglieder (Frau und Kinder), weiterleitet. Im Betrieb wirkt sich die Tatsache, daß der Jugendliche eine potentielle Konkurrenz für den älteren Arbeiter darstellt, in einer gewissen „jugendfeindlichen“ Haltung der erwachsenen Arbeiter gegenüber den Lehrlingen aus. Wie beim Vater in der Familie besteht die Tendenz, den selbst erfahrenen Ausbeutungsdruck auf die Jüngeren, noch Abhängigeren, zu übertragen, was meist mit einer geringschätzigen Haltung gegenüber dem Jugendlichen verbunden ist.

Diese Faktoren, die zur ohnehin hohen Ausbeutung der Jugendlichen, wie sie oben beschrieben wurde, hinzukommen und die Rechtlosigkeit der Jugendlichen im Betrieb

(kein Recht zur Wahl des Betriebsrates unter 18 Jahren, kein Streikrecht), machen die Gesamtsituation der Arbeiterjugend im Kapitalismus aus.

Zur Zielvorstellung der Lehrlingszentren

Auf diesem politökonomischen Hintergrund bildeten sich seit Sommer 1969 „Jour fixe“, Lehrlings- und Jungarbeiterzentren, Aktionskreise u. ä., hier kurz Lehrlingszentren genannt. Sie stellen in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit eine neue Qualität der Organisationsform dar. Ihre Zielvorstellung entspricht nach vielen Jahren der Jugendpflege in Jugendklubs, Jugendgruppen, gewerkschaftlichen Singkreisen, Tischtennisclubs, gewerkschaftlichen Jugendferienmaßnahmen u. ä., die weder an konkreten betrieblichen Erfahrungen der Jugendlichen anknüpfen, noch Lösungsmöglichkeiten für ihre Konflikte bieten, erstmals wieder der gewerkschaftlichen Grundidee — durch solidarisches Handeln der willkürlichen Macht der Herrschenden Gegenmachtpositionen der Beherrschten entgegenzustellen. Diese Grundidee des Zusammenschlusses und solidarischen Handelns der Betroffenen gilt als Ausgangspunkt, um im konkreten Fall, der sich aus der eigenen Konfliktsituation ergibt, unter Abwägung der Kräfteverhältnisse die Machtfrage zu stellen. So konzentrieren Lehrlingszentren ihre Aktivitäten hauptsächlich auf die Vorbereitung und Organisierung betrieblicher und außerbetrieblicher Maßnahmen und Aktionen, etwa gegen die Entlassung von Jugendvertretern oder Lehrlingen, gegen bestimmte Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen usw. Diese konkreten Erfahrungen solidarischer Aktionen sind dann Ausgangspunkt und Gegenstand gewerkschaftspolitischer Bildungsarbeit in Wochenendschulungen und Wochenseminaren. So wird hier auch die künstliche Trennung zwischen Theorie und Praxis von deren dialektischer Einheit abgelöst.

Von dieser Zielvorstellung und dem eigenen Erfahrungsbereich aus leiten sich die Methoden in der Arbeit der Lehrlingszentren ab.

Formen und Methoden in Lehrlingszentren

Gemäß der Zielvorstellung — die Betroffenen über den gemeinsam erkannten Konflikt zum gemeinsamen Handeln zu veranlassen und aus diesem Handeln wiederum die Erfahrung solidarischer Aktionen zu vermitteln — beginnen die Aktivitäten der Lehrlingszentren meist mit einer schonungslosen Darstellung der Ausbildungssituation in Einzelbetrieben, Branchen oder ganzen Städten. Über Fragebogenaktionen, Betriebsberichte, Hearings zur Berufsausbildung, Flugblattaktionen u. ä. wird die Öffentlichkeit über die oft skandalösen Arbeits- und Ausbildungsbedingungen der Jungarbeiter und Lehrlinge informiert. Die Mißstände werden sowohl den betrieblichen Interessenvertretungen (Jugendvertretung, Betriebsrat), als auch den gewerkschaftlichen Interessenvertretungen gemeldet. Es erfolgen oft Anzeigen an Gewerbeaufsichtsämter, und eine breite Öffentlichkeit wird durch Flugblätter, Presseartikel, Leserbriefe und Rundfunksendungen unterrichtet. Als besonders wirksames Mittel stellt sich auch die Information der Kunden, insbesondere bei Klein- und Mittelbetrieben des Handwerks und des Handels heraus. Die Information und Einbeziehung der Öffentlichkeit gilt als ein Mittel, der wirtschaftlichen Macht der Betriebe und Unternehmen eigenes, geschlossenes Handeln und den Druck der Öffentlichkeit entgegenzustellen.

Die Methoden, mit denen der Konflikt weitergetrieben wird, richten sich sowohl nach dem zu erwartenden Kräfteverhältnis als auch nach der Bedeutung des Konfliktes für die durch ihn Betroffenen. Die Aktionen reichen hier von Demonstrationen, Protestkundgebungen vor Betrieben bis zu Lehrlings- und Jungarbeiterstreiks (die erfolgreich beendet wurden). Aktionen dieser Art verdeutlichen neben anderen Bewußtseinsprozessen den so Handelnden, daß Rechtsfragen Machtfragen sind, eine Erkenntnis, die den jeweils Herrschenden schon immer vertraut war.

Praktische Erfahrungen mit Lehrlingszentren

Wenn hier von praktischen Erfahrungen die Rede ist, geht der Verfasser hauptsächlich von den 25 in Baden-Württemberg existierenden Lehrlingszentren aus, von denen sich 21 als gewerkschaftliche Lehrlingszentren verstehen, die etwa ein Viertel aller im Bundesgebiet bestehenden Lehrlingszentren repräsentieren. Durch sie sind Kreisjugendausschüsse und Ortsjugendausschüsse neu gegründet und bestehende aktiviert worden.

Um bestimmte Entwicklungstendenzen zu verstehen, muß der Ausgangspunkt dieser, Aktivgruppen verdeutlicht werden. Zumindest im Sommer 1970 existierte bei ehrlicher Betrachtung keine gewerkschaftspolitisch relevante Jugendarbeit im Bereich des DGB-Baden-Württemberg mehr. Es existierten keine aktiven Betriebsgruppen, sondern neben einigen Jugendgruppen nur noch Kreis- und Ortsjugendausschüsse, die fast ausschließlich institutionellen Charakter hatten. Als sich durch die Lehrlingszentren erstmals aus dem gewerkschaftlichen Bereich eine Organisationsform bildete, die an den praktischen, politischen Bedürfnissen der Arbeiterjugend ansetzte, organisierten sich hier viele politisch aktive Jungarbeiter und Lehrlinge. Durch die lange jugendpolitische Abstinenz der Gewerkschaften vollzog sich bei vielen dieser Kollegen der anfängliche Politisierungsprozeß in politischen Jugendverbänden, Gruppen und Grüppchen und durch den Niedergang der Schüler- und Studentenbewegung. Die relative politische Unbestimmtheit der Lehrlingszentren ermöglichte prinzipiell allen Lehrlingen die Mitarbeit, ohne daß sie sich zu einer bestimmten politischen Ideologie bekennen mußten. Es wurde bei ihnen nur eine grundsätzliche Bereitschaft vorausgesetzt, gegen betriebliche Mißstände den Kampf aufzunehmen. Diese Situation führte oft zu hart aufeinanderprallenden unterschiedlichen Ideologien, die ihren Ursprung allerdings nicht in der Bildung von Lehrlingszentren, sondern in der allgemeinen Ziel- und Strategielosigkeit der Arbeiterbewegung haben. Unterschiedliche politische Ideologien, die meist nicht Ausfluß der eigenen sozialen Erfahrungen sind, sondern sich oft in sektiererischen Gruppen auf den verschlungenen Wegen der Suche nach der „Reinheit der Lehre“ bilden, aktualisieren sich meist dann, wenn sich die Kollegen in den Lehrlingszentren oft erstmals mit politischer Praxis konfrontiert sehen.

Der vielleicht entscheidende organisatorische Mangel liegt in der viel zu geringen betrieblichen Verankerung der Lehrlingszentren. Es konnte weder auf bestehende Betriebsgruppen, noch auf Jugendvertrauensleute zurückgegriffen werden. Auch war eine Koordinierung von Jugendvertretern nicht möglich, da ihre Tätigkeit in der Regel nur funktional und formal bestimmt war, nicht aber aus politischen Prozessen abgeleitet wurde und die daraus erwachsenden Möglichkeiten zu realisieren versuchte. Erst in letzter Zeit bilden sich, meist initiiert durch Aktivitäten der Lehrlingszentren, Betriebsgruppen, Jugendvertretungen, Jugendvertrauensleutegruppen, die dann in den überbetrieblichen Aktionsgruppen mitarbeiten. Diese geringe betriebliche Verankerung führte einerseits dazu, daß viele Aktionen schon im Anfangsstadium steckenblieben oder, wo Konflikte von außen in die Betriebe hineingetragen wurden, es zu untragbaren Reibungen mit den betrieblichen Interessenvertretungen (Jugendvertreter, Betriebsrat) und den gewerkschaftlichen Interessenvertretungen (Bevollmächtigte, Organisationssekretäre) führte; Folge der zu geringen Verankerung in den größeren Betrieben war auch aktivistisches Agieren vor und in Kleinbetrieben. Die betriebliche Verankerung von gewerkschaftlichen Aktivgruppen ist deshalb ein Schlüsselproblem und eine Existenzfrage bestehender Lehrlings- und Aktionszentren.

Die inhaltlich entscheidendste Schwäche in der Strategie der gesamten „Lehrlingsbewegung“ läßt sich folgendermaßen aufzeigen: Geht man davon aus, daß es im politökonomischen Kampf um die Interessen aller Lohnabhängigen geht, so können diese Interessen auch nur durch das geschlossene Handeln aller Lohnabhängigen durchgesetzt werden. Hier ist auf die Gefahr von Entsolidarisierungerscheinungen zu achten, wenn

eine Mobilisierung fast ausschließlich über den Jugendbereich, und hier nur verkürzt über Ausbildungskonflikte läuft. Hier sei nochmals auf die oben angeführte ökonomische Funktion des Jugendlichen während seiner Ausbildung für den erwachsenen Lohnabhängigen hingewiesen.

In der Diskussion um die Organisationsform — Lehrlingszentrum — zeichnen sich zur Zeit im wesentlichen folgende Positionen ab:

1. In der Organisationsform „Lehrlingszentrum“ wird *die* Methode zur Neuorientierung gewerkschaftlicher Jugendarbeit gesehen. Negative Erfahrungen werden nicht kritisch aufgearbeitet, sondern in dem Bestreben, die Organisationsform als solche zu erhalten, nicht berücksichtigt.

Darin zeigt sich ein statisches Verständnis von Organisationsformen, das sie zum Selbstzweck werden läßt.

2. Lehrlingszentren werden aufgrund ihrer offenen Form kritisiert. Es wird unterstellt, daß sie notwendigerweise eine antigewerkschaftliche Komponente beinhalten und

weder eine Koordinierungs- noch Initiativfunktion in bezug auf Betriebsgruppen oder andere gewerkschaftlich verankerte Aktionsgruppen besitzen. Auch wird unterstellt, daß diese offenen Lehrlingszentren zur Basis unterschiedlichster politischer Gruppierungen werden, die hier ihre ideologischen Meinungsverschiedenheiten austragen und das Lehrlingszentrum als Rekrutierungsfeld für ihre politischen Gruppierungen betrachten.

Auch diese Kritik macht nicht an konkreten gewerkschaftspolitischen Zielvorstellungen im Jugendbereich fest, sondern kritisiert Methoden und Erscheinungsformen, ohne zu fragen, wo die Ursachen für diese Erscheinungsformen (politische Gruppierungen, offene Lehrlingszentren) liegen.

Beide Positionen gehen nicht von einer konkreten gewerkschaftspolitischen Zielvorstellung aus, die sich aus der politökonomischen Situation der Arbeiterjugend ableitet, was einerseits zur Fetischierung, andererseits zu unreflektiertem Festhalten an Erscheinungsformen führt. Die Funktionsfähigkeit von Organisationsformen kann nur gemessen werden in bezug auf eine konkrete politische Zielvorstellung. Hier müssen dann praktische Erfahrungen kritisch aufgearbeitet werden und in die Organisationsform einfließen, was ihren Prozeßcharakter verdeutlicht.

Walter Riester, Landesjugendsekretär beim DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg